

# Zur besonderen Situation Bremerhavens

Peer Jaschinski

■ »Für Jugendliche aus Bremerhaven ist der Wunsch nach einer Ausbildungsstelle häufig nicht realisierbar. Jugendliche mit Migrationshintergrund, mit schlechteren Schulzeugnissen oder ältere Jugendliche werden in Bremerhaven kaum eingestellt« heißt es in einer Vorlage für das Plenum der »Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2011 bis 2013« im Februar 2013. Und weiter ist dort zu lesen: »Dieses Problem ist nur lösbar, wenn die Wirtschaft in Bremerhaven ihre Ausbildungsanstrengungen verstärkt und bereit ist, mehr Jugendliche einzustellen.« Hintergrund für diese Aussage ist die schon seit Jahren anhaltende schwache Ausbildungsquote der Bremerhavener Unternehmen. Das allein ist schon skandalös.

## Der Lehrkräftemangel

Wie steht es aber um den in der Berufsausbildung so wichtigen dualen Partner, die Berufsschule? Zur schwierigen Ausbildungssituation in Bremerhaven gesellt sich seit geraumer Zeit ein weiteres, für die berufliche Bildung Bremerhavens nicht weniger relevantes Problem: der Lehrkräftemangel. Für die berufsbildenden Schulen in Bremerhaven entwickelt sich die planvolle und an den Gesetzesvorgaben orientierte Personalgewinnung und Personalentwicklung zur größten Herausforderung in den nächsten Jahren. Durch die einsetzende Pensionierungswelle können schon jetzt einige berufliche Fachrichtungen nicht mehr bedient werden. Ausscheidende Kolleginnen und Kollegen sind kaum noch zu ersetzen. Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber geht in einigen beruflichen Fachrichtungen gegen Null.

Vordergründig betrachtet ist dies nicht nur ein Bremerhavener Problem. Schon seit Jahren gibt es eine bundesweite Diskussion um den Lehrkräftenachwuchs für die berufli-

chen Schulen. Für die gewerblich-technischen Schulen beispielsweise bildete sich der Lehrkräftenachwuchs Jahrzehnte über die traditionelle Facharbeiter- und Ingenieursausbildung und anschließendes berufspädagogisches Studium heraus. Doch Facharbeiter- und Ingenieurmangel nehmen diesem Weg schon seit geraumer Zeit den Unterbau. In anderen Disziplinen verlief es ähnlich, ein von Berufsbildungsforschern lange prophezeites Problem. Aktives Gegensteuern fand nicht statt.

Bei Betrachtung der Personalentwicklung Bremerhavens im Besonderen stehen vier wesentliche Aspekte im Vordergrund:

Die über Jahre fehlenden dualen Ausbildungsplätze und die damit verbundene anhaltende Jugend Arbeitslosigkeit, die das Vorhalten eines komplexen Übergangssystems mit unterschiedlichsten berufsvorbereitenden Maßnahmen nötig machte, stellen die Schulen seit Jahren vor besondere Aufgaben. Dabei sind Schulsozialarbeit und Sonderpädagogik in integrativen Lerngruppen in einer Stadt mit einer hohen Kinderarmutsquote zunehmend stärker gefragt. Die beruflichen Schulen sind davon nicht ausgenommen. Dies ist besonders vor dem Hintergrund zu sehen, dass berufliche Schulen den gesellschaftlichen Auftrag zur Inklusion gleichermaßen zu erfüllen haben. Qualifiziertes Personal ist hier gefordert.

Selbst der positiv zu bewertende eingeleitete wirtschaftliche Strukturwandel Bremerhavens lässt für die beruflichen Schulen neue Herausforderungen entstehen. Der Anspruch an qualifizierte Facharbeit und damit auch der Anspruch an qualifizierte Ausbildung haben sich in der Stadt enorm gewandelt. Die beruflichen Schulen in Bremerhaven sind dabei angehalten am Strukturwandel mitzuwirken und sich aktiv an den Gestaltungsprozesse zu beteiligen.

Die fachlichen Anforderungen an das Lehrpersonal verändern sich stetig. Das Einbinden dieser immer neuen fachlichen Inhalte in einen Unterricht mit einer lernfeldorientierten Didaktik erfordert hierfür nicht nur fachlich, sondern auch pädagogisch und didaktisch gut ausgebildetes Personal.

Durch eine neue, bisher nicht gekannte marktwirtschaftliche Situation auf dem Lehrkräftemarkt stehen die beruflichen Schulen Bremerhavens zunehmend stärker in Konkurrenz im Werben um jungen Nachwuchs. Die geografische Lage zum angrenzenden und mitwerbenden niedersächsischen Umland verschärft die Situation. Die landesweite Nichtanpassung der Besoldung in der letzten Tarifrunde trägt sicherlich nicht zu einer Entschärfung bei. Zusätzlich wird die mangelnde personelle Versorgung der beruflichen Vollzeitbildungsgänge, wie der Fachschulen, Berufsfachschulen, Fachoberschulen oder beruflichen Gymnasien mittelfristig zum Abbau dieser Bildungsgänge führen. Daraus resultierend könnte es durch Perspektivenlosigkeit letztendlich zum Abwandern junger Menschen aus der Region kommen. Mittelfristig wird sogar die Hochschule Bremerhaven davon betroffen sein. Welche Auswirkungen das auf die Entwicklung der Stadt haben könnte, ist ohne große hellseherische Fähigkeiten zu erahnen.

## Die Anforderungen

Die Anforderungen an eine zukunftsweisende Schulentwicklung in den beruflichen Schulen sind damit riesig, die Personaldecke dagegen in fast allen beruflichen Fachrichtungen so dünn wie noch nie. Beiläufig negativ begleitet wird dies noch durch einen erheblichen Sanierungsstau der Schulgebäude im höheren Millionenbereich. Die in der Vergangenheit getroffenen Entscheidungen, die Berufspädagoginnenausbildung an der Universität Bremen einzuschränken und nur noch in den gewerblich-technischen Fachrichtungen Elektrotechnik, Informationstechnik, Fahrzeugtechnik oder Metalltechnik auszubilden, rächt sich für den Standort Bremerhaven jetzt insbesondere. Andere berufliche Fach-



Peer Jaschinski,  
Stadtverbandsvorstand  
Bremerhaven

richtungen werden nicht einmal für den eigenen Bedarf ausgebildet. Die LIS-Seminare für das 2. Staatsexamen lassen sich in den beruflichen Fachrichtungen immer schwerer füllen. Fantasie zur Nachwuchsgewinnung ist auch hier zunehmend gefragt. Werden dann Referendarinnen und Referendare für Bremerhaven gewonnen, stellt sich als weitere Frage, wie qualifizierte fachdidaktische Betreuung bei der dünnen Personaldecke von dem noch vorhandenen Personal angemessen gewährleistet werden kann.

Um Lösungen zu finden, wird die Forderung nach Landesfachklassen immer lauter. Da die Bremerhavener Schulen in vielen Berufen auch für das niedersächsische Umland ausbilden, wird diese Diskussion sogar Landesgrenzen übergreifend geführt. Pendeln die Auszubildenden zukünftig mehrmals in der Woche nach Bremen, nach Oldenburg oder noch weiter in die Ferne, könnte die Aus-

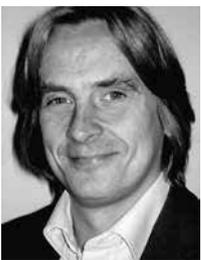
bildungsfähigkeit in der Region weiter sinken. Dies deuteten besonders kleinere Unternehmen in der Vergangenheit häufiger an. Der für die weitere Strukturentwicklung Bremerhavens nötige Unterbau an qualifizierter Facharbeit wäre gefährdet, ein weiterer Facharbeitermangel vorhersehbar.

Schulleitungen scheinen in dieser schwierigen Situation zunehmend ihre Hoffnungen in Seiteneinsteigerprogramme zu stecken. Ein großer Teil der neu gewonnenen Lehrkräfte an den beruflichen Schulen in Bremerhaven soll dann mit wissenschaftlichem Hochschulabschluss aber ohne pädagogisches Studium den Einstieg in das Berufsschullehramt finden. Aus den oben genannten Gründen darf pädagogische und didaktische Qualifikation aber nicht zweitrangig sein. Für das geforderte multiprofessionelle Arbeiten reichen Seiteneinsteigerprogramme langfristig nicht mehr aus.

Wird die einführend beschriebene »Bremer Vereinbarung« mit ihrer »Verabredung zur Qualität von Ausbildung« ernst genommen und sollen daraus abgeleitet Ausbildungserfolge nicht gefährdet werden, müssen die beruflichen Schulen in Bremerhaven besondere Unterstützung durch das Land erfahren. Sie dürfen bei der Forderung nach mehr Selbständigkeit mit der Umsetzung ihrer Aufträge nicht allein gelassen werden. Hinsichtlich der Personalentwicklung werden dringend an den Bedarfen orientierte Ausbildungs- und Qualifizierungsprogramme des Landes benötigt. Für die Personalgewinnung bedarf es einer deutlichen Attraktivitätssteigerung für das Arbeiten in beruflichen Schulen. Eine längst überfällige Besoldungsanpassung muss hier der erste Schritt sein.

## Das Hamburger Übergangssystem und die Jugendberufsagentur

*Roland Kasprzak*



**Roland Kasprzak,**  
Fachgruppe  
berufliche Schulen  
Hamburg

■ Die Jugendberufsagentur (JBA) gilt derzeit als vorbildliches Instrument im Übergang von der Schule zum Beruf. Der Einrichtung der JBA gingen mehrere Änderungen im Hamburger Schulsystem voraus, die die Einrichtung der JBA erleichterten.

### **Vorgeschichte**

2010 wurde von der Hamburgischen Bürgerschaft eine umfassende Reform der beruflichen Schulen beschlossen, die auch Auswirkungen auf die neuen Stadtteilschulen (STS) hatte.

Die STS ist eine der beiden großen Säulen des Hamburgischen Schulsystems, allerdings eine schrumpfende. Auf die STS in Hamburg entfielen in diesem Jahr nur ca. 43% der Anmeldungen zur 5. Klasse, deutlich mehr Kinder wurden an den Gymnasien angemeldet. Die STS trägt die Last

der Inklusion beinahe allein und leistet ab der 8. Klasse auch die Berufsorientierung. Diese wurde im letzten Jahr neu gefasst, dabei wurden die Stunden für die Berufsorientierung zu Lasten anderer Lernbereiche vergrößert. Die Berufsorientierung wird auch von Kolleginnen und Kollegen der beruflichen Schulen geleistet, das ergibt sich aus der o.a. Reform. Ursprünglich sollten den STS 120 Berufsschullehrerstellen für die Berufsorientierung zusätzlich zum Bedarf zugewiesen werden, davon kamen nur wenige an, und einige dieser Stellen wurden für die Einrichtung der JBA verwendet.

Durch die Reform wurden die teilqualifizierenden Berufsfachschulen (BFStq) als »Warteschleifen« abgeschafft, der Zugang zu den beruflichen Gymnasien erschwert, die Berufsvorbereitung in eine neue Form der Ausbildungsvorbereitung verwandelt und das Hamburger Ausbildungsmodell »Berufsqualifizierung« eingeführt. Durch diese Reform sanken die Schülerzahlen an den beruflichen Schulen deutlich und führten zu Lehrerüberhängen an den beruflichen Schulen, an denen die BFStq abgebaut wurde.

### **Das Ziel der Hamburger Jugendberufsagentur**

Nach der Wahl der Regierung Olaf Scholz gab dieser die Vorgabe: »Niemand soll verloren gehen« aus. Es gingen also Personen verloren, und dieser Zustand sollte beendet werden. Konkret bedeutet das, dass man viele Absolventen der Schulen »nicht mehr auf dem Schirm« hatte. Weder die Bildungsbehörde, noch die Agentur für Arbeit oder andere Akteure wussten, was mit einigen ehemaligen Schülerinnen und Schülern der Sonder-, Haupt-, Real- und Gesamtschulen sowie der Gymnasien passierte. Zwischen Oktober 2010 und September 2011 war der Anschluss von 1.185 Nicht-Abiturienten und 6.752 Abiturienten unbekannt. Man konnte zu Recht vermuten, dass viele Abiturienten ein Studium aufnehmen und dass »Realschüler« in eine Ausbildung übergehen, man wusste es aber nicht.

Dieser Zustand wurde durch eine Datensammlung in der JBA verlässlich beendet: »Mit einer datenschutzrechtlichen Einverständniserklärung stimmen die Jugendlichen bzw. ihre Erziehungsberechtigten der Datenübermittlung an die Jugendberufsagentur zu, damit diese ihnen kon-